

„Die Natur hat zu oft keinen Wert“

Umweltforscher ruft zum Umdenken bei politischen Entscheidungen auf

Wir haben die moralische Verpflichtung, den nächsten Generationen eine intakte und vielfältige Natur zu hinterlassen. Nicht nur, weil sie schön ist, faszinierend und einzigartig. Die Naturressourcen sind zugleich auch elementare Grundlage für unser Wirtschaften und das Wohlergehen der Menschen“, sagt Prof. Dr. Bernd Hansjürgens. Er ist Leiter des Departments Ökonomie beim Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig. Auf Einladung von Prof. Dr. Wilhelm Windisch, dem Geschäftsführenden Direktor des Hans Eisenmann-Zentrums der Technischen Universität München (TUM), hielt er in Freising-Weihenstephan einen Vortrag. Das Thema lautete „Ökosystemleistungen identifizieren, bewerten und in Wert setzen – das Vorhaben Naturkapital Deutschland.“

Industrienationen verschärfen die Lage

Dieses Ziel ist allerdings nicht einfach zu erreichen, weil der Anstieg der menschlichen Aktivitäten in allen Bereichen seit Beginn der industriellen Revolution zu großen Herausforderungen für die Erde geführt hat. Dabei sind laut Hansjürgens der Klimawandel, der Stickstoffeintrag und der Verlust an Biodiversität die größten Probleme. Es seien die Industrienationen (z. B. USA, EU und der asiatische Raum), die auf Kosten vieler ärmerer Länder wirtschaften, wie durch den sogenannten ökologischen Fußabdruck (footprint) der einzelnen Länder sichtbar werde.



FOTO: LUDWIG HOLLY

Austausch: Prof. Wilhelm Windisch von der TUM (l.) und Prof. Bernd Hansjürgens. Für den Umweltforscher ist der Erhalt von Ökosystemen Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung.

Eine zentrale Herausforderung für den Erhalt des Naturkapitals sei die viel zu große Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Deutschland von derzeit 70 ha/Tag. Die Folge seien der Rückgang der biologischen Vielfalt und das Verfehlen gesetzter Ziele. In Deutschland zeige sich beispielsweise über die Jahre hinweg ein Grünlandverlust, unter anderem durch die Zunahme von Biogasanlagen und der Konsequenz daraus bei der Bewirtschaftung von Agrarflächen.

Zu wenig Rücksicht auf Umwelt und Natur

Die Haupttreiber für den Biodiversitätsverlust sind laut dem Experten der Landnutzungswandel, die Übernutzung der Naturressourcen, ein zu hoher Nährstoffeintrag

und auch das Eindringen von invasiven Arten, die nicht selten heimische Arten verdrängen. Diese Entwicklung habe eine tiefere Ursache, erklärte Prof. Hansjürgens: „Wir retten das, was für uns einen Wert hat, und das, was keinen Wert hat, bleibt draußen. Und die Natur hat allzu oft keinen Wert und wird deshalb nicht berücksichtigt.“

Bei politischen Entscheidungen komme es oft zu Verzerrungen, weil zum Beispiel nicht alle Kosten berücksichtigt würden und sehr oft eine Wettbewerbssituation zwischen den Kommunen herrsche. „Die Entscheiderinnen und Entscheider müssen das Problem verstehen und für wichtig halten“, so Hansjürgens.

Studie soll der Natur einen Wert geben

Prof. Hansjürgens ist auch Leiter der Studie „Naturkapital Deutschland“, die vom Umweltministerium (BMUB) und vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) finanziert wird und seit 2012 bis Ende 2017 läuft. Sie soll eine internationale Studie auf nationaler Ebene weiterführen und auf die Verhältnisse in Deutschland anpassen. „Mit der Studie soll der verborgene wirtschaftliche Wert unserer Natur veranschaulicht werden. Es geht dabei nicht um Preisschilder für Naturgüter, sondern um zusätzliche gesamtwirtschaftliche Argumente für die Erhaltung von Natur und biologischer Vielfalt – und zwar als Ergänzung der ethischen und ökologischen Begründungen“, betonte Prof. Hansjürgens.

Die Studie zeigt, dass Investitionen in die Erhaltung von Ökosystemen und eine nachhaltige Nutzung der Natur nicht im Widerspruch zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen. Sie sind vielmehr eine wichtige Grundlage dafür. Die Vorsorge zur Sicherung der natürlichen Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen sei für

die Gesellschaft preiswerter als der Versuch, Zerstörtes und Verlorengangenes nachträglich zu reparieren und zu ersetzen.

Bei politischen Entscheidungen sollen deshalb ökonomische Ansätze für die verschiedenen Bereiche gemacht werden. So könnten zum Beispiel die Kosten und der Nutzen des Umbruchs von naturschutzfachlich wertvollem Grünland oder der privaten Nutzen und die gesellschaftlichen Kosten für einen Silomaisanbau auf Moorböden abgeschätzt werden.

Durch entsprechende Maßnahmen könne auch ein zu hoher Nitratgehalt im Grundwasser kostengünstig vermieden werden. Nach einer Vergleichsrechnung, die Prof. Hansjürgens bei seinem Vortrag vorstellte, lagen die Kosten für gewässerschonende Bewirtschaftung bei 1 ct/m³ – im Vergleich zu 7 ct/m³ für die technische Wasseraufbereitung.

Handlungsoptionen auch für Agrarpolitiker

Die gewonnenen ökonomischen Informationen sollen dann in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen. „Bestehende Erfassungen und Bewertungen für Politik- und Planungsentscheidungen sollen sowohl im Naturschutzsektor als auch in naturbeanspruchenden Politikbereichen ergänzt werden, zum Beispiel in der Agrar- und Verkehrspolitik und der gemeindlichen Flächenpolitik“, sagte der Professor.

Wichtig sei auch, dass die „Treiber der Umweltzerstörung“ verändert und ökologische Leistungen gezielter honoriert werden. Das könne zum Beispiel durch handelbare Zertifikate und eine raumplanerische Feinsteuerung und Eingriffsregelung mit dem Ziel einer Reduzierung der Flächeninanspruchnahme erfolgen. Auch eine Stickstoff-Überschussabgabe sei denkbar.

Die ökonomische Perspektive sei auch ein wirksames Zusatzargument für die Erhaltung des Naturkapitals, denn sie verdeutlicht:

- den Nutzen der Natur für den Menschen
- die Verteilungsfragen: Wer hat den Nutzen, wer stellt bereit, wer hat Nachteile?
- das Kosten-Nutzen-Verhältnis verschiedener Alternativen
- die Optionen für die Entwicklung von Steuerungsinstrumenten.

Für eine nachhaltige Sicherung des Naturkapitals empfahl Prof. Hansjürgens: Den bewährten Instrumentenkanon durch eine Verbesserung der Informations- und Datengrundlage zu bewahren und weiterzuentwickeln sowie Ökosystemleistungen bei Abwägungen zu berücksichtigen.

Die finanzielle Förderung solle mit Augenmaß erfolgen, indem die Grenzen der Methoden und der Akzeptanz berücksichtigt und Unsicherheiten kommuniziert würden.

Ludwig Holly